



Antrag

der Abgeordneten **Richard Graupner, Stefan Löw, Christoph Maier** und **Fraktion (AfD)**

Bericht zum aktuellen Sachstand zur Ermittlungssoftware „VeRA“

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport mündlich und schriftlich über die geplante Ermittlungssoftware „VeRA“ (Verfahrensübergreifende Recherche- und Analyseplattform) für den Einsatz bei der Bayerischen Polizei zu berichten.

Dabei sollen insbesondere folgende Punkte behandelt werden:

- Wie ist der aktuelle Sachstand der Ausschreibung?
- Welche Anforderungen sind aus Sicht des Landeskriminalamts ausschlaggebend für die Einführung des datenbankübergreifenden Suchindex?
- Stehen rechtliche oder tatsächliche Gründe des Datenschutzes einem Einsatz der Software entgegen?
- Auf welcher rechtlichen Grundlage basiert der Einsatz der geplanten Software?

Begründung:

Polizeiliche Ermittlungen werden durch die Verwendung von Datenbanken zielgerichtet und umfassend erleichtert. Die Bündelung unterschiedlicher Datenverzeichnisse zur polizeilichen Recherche, wie beispielsweise durch die Ermittlungssoftware „VeRA“ könnte daher die Beamten bei ihrer Arbeit entlasten und gleichzeitig wertvolle Zeit in der täglichen Ermittlungspraxis der Bayerischen Polizei einsparen.

Die geplante Software soll im Bereich Terrorismus und Organisierte Kriminalität Verbindungen zwischen den verfügbaren Datenbanken schaffen, um diese möglichst effizient herauszufiltern. Laut Landeskriminalamt liegen besonders im Bereich der Terrorismusbekämpfung in Bayern noch Defizite, die mit der Einführung einer derartigen Software beseitigt werden sollen. So soll es möglich werden, Schwerstkriminelle möglichst schnell datenbankübergreifend zu erfassen.¹

Allerdings gibt es auch rechtliche Bedenken zur geplanten Recherche und Analyseplattform „VeRA“, die einer Aufklärung bedürfen. Besonders in puncto Datenschutz äußerte sich Bayerns Datenschutzbeauftragter Prof. Dr. Thomas Petri bislang kritisch. Auch das Thema Sicherheit und die Möglichkeit einer unerlaubten Datenweitergabe durch den Anbieter der Software „Palantir“ an den US-Auslandsgeheimdienst CIA stehen in Frage.²

¹ <https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/vera-geplante-polizei-software-beunruhigt-datenschuetzer-a-9c74754d-919b-47c0-bcef-5c3cf42194df>

² <https://www.zeit.de/news/2021-05/28/datenschuetzer-ermittlungssoftware-hochproblematisch>

Die Einführung der Ermittlungssoftware wird in der Öffentlichkeit zum Teil kontrovers diskutiert. Eine parlamentarische Begleitung in Form einer Berichterstattung durch die Staatsregierung im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport ist daher folgerichtig.